



## Washington News

Nr. 19 vom 16. Mai 2019

- **Diese Woche in Washington**
- **Weitere US-Zölle auf chinesische Importe**
- **GERMAN BUSINESS MATTERS**
- **Klage wegen Preisabsprache im Generikabereich**
- **US-Chemieindustrie wächst 2019 verhalten**
- **Kritik an US-EU Verhandlungen**
- **Anhörung zum Thema EU-Flugzeugsabventionen**
- **Geographische Herkunftsangaben der EU kritisiert**

### Diese Woche in Washington

Nachdem mehrere US-Medien berichtet hatten, US-Präsident Donald Trump werde am 18. Mai nicht von der Möglichkeit Gebrauch machen, Autoimporte mit Zöllen zu belegen, äußerte US-Wirtschaftsminister Wilbur Ross, dass der Präsident durchaus am Wochenende besagte Zölle erheben könne. Die Entscheidung des Weißen Hauses bleibt somit weiter abzuwarten.

Am Mittwoch unterzeichnete Präsident Trump eine *executive order*, um ausländische Firmen am Verkauf von Telekommunikationsausrüstungen in den USA zu hindern. Die Anordnung verbietet den Kauf bzw. die Nutzung von Technologien, die von „ausländischen Widersachern“ produziert oder kontrolliert werden. Das US-Wirtschaftsministerium hat 150 Tage Zeit, um entsprechende Länder oder Personen zu identifizieren. Es wird damit gerechnet, dass China und/oder das Unternehmen Huawei vom DOC identifiziert werden.

Ferner hat Präsident Trump heute einen Plan zur Reform der Zuwanderung (*immigration*) vorgestellt. Der Plan zielt darauf ab, das Einwanderungssystem stärker an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes anzupassen und weniger als bisher verwandtschaftliche Verhältnisse als Zuwanderungsgrund gelten zu lassen. Eine Lösung, wie mit den derzeit geschätzten in den USA lebenden 11 Millionen Personen ohne Aufenthaltsgenehmigung verfahren werden soll, lässt der Plan des Weißen Hauses offen. (cs)

### Weitere US-Zölle auf chinesische Importe

Nachdem die Liste 3-Zölle auf chinesische Importe in Höhe von 200 Milliarden US\$ letzten Freitag von 10% auf 25%

### Kurzmeldungen

#### Kritik an US-EU Verhandlungen

Aus dem US-Senat kommen kritische Töne zu den Verhandlungen zwischen den USA und der EU über ein mögliches Freihandelsabkommen. In einem [Meinungsbeitrag](#) äußerte der Vorsitzende des Finanzausschusses, Chuck Grassley (R-IA) seine Bedenken über den Ausschluss der Landwirtschaft. Grassley beschreibt die tarifären und nichttarifären Hemmnisse, mit denen sich Importeure von US-Agrarprodukten seit Jahren in der EU konfrontiert sähen. Daher sei es nicht verwunderlich, dass die Europäer über Agrarprodukte nicht verhandeln wollten. Zudem betont

erhöht wurden, hat der US-Handelsbeauftragte (USTR) am Dienstag [angekündigt](#), ein Section 301-Verfahren für die Einführung von weiteren Zöllen von 25% auf chinesische Importe in Höhe von rund 300 Milliarden US\$ zu beginnen. Eine öffentliche Anhörung hierzu findet am 17. Juni statt. Bis dahin können auch Kommentare eingereicht werden. Die 142-seitige Liste enthält im Gegensatz zu den Listen 1 bis 3 eine Reihe von Konsumgütern, unter anderem Lebensmittelprodukte, Kleidungsprodukte und Haushaltsgeräte.

Trotz der jüngsten handelspolitischen Entwicklungen planen die USA und China, die Handelsgespräche weiterzuführen. Der Wirtschaftsberater im Weißen Haus Larry Kudlow hat am Sonntag betont, dass sich der USTR Robert Lighthizer und der chinesische Vizepremier Liu He bald wieder treffen werden. Es wird auch erwartet, dass US-Präsident Donald Trump im Rahmen des G-20 Gipfels Ende Juni auf Chinas Präsident Xi Jinping treffen wird.

Unterdessen hat die *Tax Foundation* eine [Studie](#) zu den wirtschaftlichen Auswirkungen von US-Zöllen und entsprechenden Vergeltungsmaßnahmen vorgestellt. Hierin heißt es, dass die neuen Liste 3-Zölle von 25% eine Belastung von 50 Milliarden US\$ für US-Konsumenten darstellen könnten. Sollten alle bereits angekündigten US-Zölle tatsächlich in Kraft treten, werde das Bruttoinlandsprodukt um 0,75% sinken. (kw)

---

## GERMAN BUSINESS MATTERS

German Business Matters – Deutsche Tochterunternehmen beschäftigen in den USA über 692.000 Menschen, über 40 Prozent davon im verarbeitenden Gewerbe. Die Direktinvestitionen aus Deutschland belaufen sich auf 406 Milliarden US\$. Damit steht Deutschland an vierter Stelle aller ausländischen Direktinvestoren. Laut der Deutschen Bundesbank gibt es in den USA über 5.300 Unternehmen mit deutschen Kapitalbeteiligungen.

Der Representative of German Industry and Trade (RGIT) hat diese und weitere Zahlen zu den Leistungen der deutschen Unternehmen in den USA auf seiner Webseite [www.germanbusinessmatters.com](http://www.germanbusinessmatters.com) aktualisiert. Für jeden Bundesstaat kann abgerufen werden, wie viele Jobs deutsche Tochterunternehmen schaffen, wie hoch die Exporte und Importe zwischen dem jeweiligen US-Bundesstaat und Deutschland ausfallen und welche Güter vornehmlich gehandelt werden.

Die Aktualisierung wurde im Rahmen einer Diskussionsrunde bei RGIT zum Thema *How can businesses remain globally competitive? - Perspectives from the transatlantic business community* veröffentlicht. Die Teilnehmer zeigten sich einig, dass das Potenzial der transatlantischen Zusammenarbeit für die Lösung globaler Herausforderungen genutzt werden sollte. Sprecher und Panelisten der vom Delegierten der Deutschen Wirtschaft, Daniel Andrich, moderierten Veranstaltung waren Boris Ruge, Gesandter und Ständiger Vertreter an der Deutschen Botschaft Washington, Dr. Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, Peter Riehle, Präsident und CEO

Grassley, dass ein Freihandelsabkommen ohne Agrarprodukte keine Chance hätte, durch den US-Kongress verabschiedet zu werden. Er stellt in Frage, warum die Trump-Administration unter diesen Voraussetzungen weiter verhandeln solle. (ch)

---

## Anhörung zum Thema EU-Flugzeugsubventionen

Der USTR hat am Mittwoch eine öffentliche Anhörung zu den im April angekündigten möglichen [Ausgleichszöllen](#) auf EU-Güter als Reaktion auf unrechtmäßige EU-Subventionen für den Flugzeughersteller Airbus durchgeführt. Abgeordneter Danny Heck (D-WA) aus dem Staat Washington – Boeings Hauptsitz – hält die Ausgleichszölle als letztmöglichen Ausweg, um die EU zu einer Beendigung der Subventionen für Airbus zu bewegen. Vertreter von Boeing forderten die Administration auf, Zölle von bis zu 100% auf Airbus-Produkte zu verhängen. Hingegen warnten Vertreter von Airbus und des Wirtschaftsministeriums von Alabama vor möglichen Jobverlusten an Airbus-Standorten wie Alabama. Kommentare können noch bis zum 28.05. [eingereicht](#) werden. (kw)

---

## Geographische Herkunftsangaben

## Klage wegen Preisabsprache im Generikabereich

Eine Koalition von US-Bundesstaaten hat [Klage](#) gegen 20 Pharmaunternehmen eingereicht. Die Unternehmen sollen die Preise von mehr als 100 Generika künstlich erhöht und manipuliert haben. Die betroffenen Arzneimittel erwirtschaften einen Umsatz von mehreren Milliarden. Zudem werden 15 einzelne Führungskräfte beschuldigt, das System vorsätzlich umgesetzt zu haben.

Auf mehr als 500 Seiten wird in der Klage dargelegt, wie die Pharmaindustrie über einen langen Zeitraum vermeintlich illegale Preisabsprachen in den USA durchgeführt hat. Demnach hätte jeweils ein Unternehmen entschieden die Preise für ein bestimmtes Arzneimittel zu erhöhen. Andere Unternehmen seien anschließend diesem Beispiel gefolgt. In anderen Fällen hätten die Unternehmen zugestimmt, den Markt aufzuteilen anstatt durch günstigere Preise um Marktanteile zu kämpfen. Infolgedessen hätten Verbraucher und Bundesstaaten für zahlreiche Generika deutlich überhöhte und wettbewerbswidrige Preise bezahlt. In einigen Fällen seien die Arzneimittelpreise künstlich um bis zu 1000% erhöht worden.

Die Klage fordert Schadensersatz, zivilrechtliche Strafen sowie Maßnahmen zur Wiederherstellung des Wettbewerbs auf dem Generika-Markt. (ch)

## US-Chemieindustrie wächst 2019 verhalten

### Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Die Nachfrageeffekte durch die letzte US-Steuerreform dürften ab dem Frühjahr 2019 abebben. Der Schiefergas-Boom hat riesige Investitionen in neue Ethan-Cracker ausgelöst. Der Output der US-Chemieindustrie (ohne Pharma) wird nach Angaben des Verbands *American Chemistry Council* (ACC) im Jahr 2019 um 3,6 Prozent zulegen und somit stärker als im Vorjahr (+3,1 Prozent). Vor allem in den Bereichen Konsumchemie sowie Agrochemikalien, Beschichtungen, petrochemische Basisprodukte und organische Chemikalien werden heimische Akteure ihre Produktion voraussichtlich ausweiten. Gründe dafür sind laut ACC Zuwächse im verarbeitenden und Baugewerbe sowie auf Exportmärkten. Den vollständigen Beitrag finden Sie nach kurzer Registrierung kostenfrei [hier](#). (gtai)

## der EU kritisiert

Das *Consortium for Common Food Names* (CCFN) hat in einem [Brief](#) an Präsident Trump kritisiert, dass es eine „eklatante Ungleichheit im Handel mit Käse zwischen den USA und der EU“ gäbe. Viele beliebte, in den USA hergestellte, Käseprodukte mit üblichen Namen wie Parmesan oder Gorgonzola seien auf Grund der von der EU geschützten geographischen Herkunftsangaben (*geographical indicators*, GIs) vom Verkauf in der EU ausgeschlossen. Die CCFN stuft diese Namen als gewöhnlich ein. Gleichzeitig dürfen aber in der EU produzierte Käsesorten mit diesen Namen in den USA vertrieben werden. Dies trage zum Handelsungleichgewicht zwischen den USA und der EU bei. CCFN fordert deshalb den Präsidenten dazu auf, den Verkauf von in der EU hergestelltem Käse solange einzuschränken bis die USA ihre Käseprodukte unter diesen Namen in der EU verkaufen dürfen. (vm)



Audi



Lufthansa



EVONIK  
POWER TO CREATE

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

## Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

### Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

[publications@rgit-usa.com](mailto:publications@rgit-usa.com)

### Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News  
erscheinen wöchentlich  
und berichten über aktuelle  
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:  
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2019

All material is protected by  
copyright law of the United States

---

### **DISCLAIMER**

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

**[For German trade and investment visit  
www.germanbusinessmatters.com](http://www.germanbusinessmatters.com)**

